

Das Ansehen der Politik

VON KERSTIN MÜNSTERMANN

Man kann von einer politischen Zäsur sprechen: Erstmals erringt in einem Bundesland eine rechtsextremistische Partei die Mehrheit der Stimmen. Das ist ein tiefer Einschnitt in der Geschichte Deutschlands – auch wenn die beiden Bundesländer mit Blick auf die Zahl der Wahlberechtigten wahrlich nicht für das ganze Land sprechen. Es ist also ein Weckruf für die Demokratie, der Untergang der demokratischen Gesellschaft ist es nicht.

Die Ampel und Kanzler Olaf Scholz (SPD) müssen sich die Frage stellen lassen, inwieweit das öffentliche Chaos in der Regierung auch zum Schwinden des Vertrauens an die Fähigkeit von Politik beigetragen hat. FDP-Chef Christian Lindner sagte am Montag, die Parteien des demokratischen Zentrums müssten jetzt handeln. Er bezog das auf den Kontrollverlust bei der illegalen Migration – aber es geht um mehr. Und dazu kann auch die FDP wunderbar beitragen. Es geht um das Ansehen von Politik an sich. Und das Genöle, Gezanke, Gestreite – das alles gehört sofort gestoppt, wenn sich Vertrauen wieder einstellen soll. Erstmals wurde die AfD bei den Wahlen in Sachsen und Thüringen mehrheitlich aus Überzeugung und nicht aus Enttäuschung gewählt. Die drei wichtigsten Themen waren Zuwanderung, Kriminalität in Verbindung mit der inneren Sicherheit sowie soziale Sicherheit.

Diese Befunde müssen sich alle Parteien ansehen, ihre Schlüsse daraus ziehen und sich vielleicht auch von Parteiprogrammatiken verabschieden, die aus „goldenen“ älteren Zeiten stammen. Es geht nicht darum, AfD-Wählern nach dem Mund zu reden. Wer Vertrauen besitzt, ist selbstbewusst und muss keine Auseinandersetzung fürchten. Fest steht: Die politische Realität ist seit den Landtagswahlen eine andere. Das müsste seit dem 1. September 2024 jedem bewusst sein.

Merz muss jetzt höllisch aufpassen

VON HAGEN STRAUSS

Für CDU-Chef Friedrich Merz sind die Wahlergebnisse in Sachsen und Thüringen eine Herausforderung, wie sie vermutlich komplizierter nicht sein könnte. Welchen Weg Michael Kretschmer und Mario Voigt auf der Suche nach einer Regierung auch gehen werden, er dürfte in der CDU heftige Debatten auslösen. Schließlich feiert sich die Union nach den Wahlen als letzte, verbliebene Kraft der bürgerlichen Mitte, was die Geschichte noch einmal heikler macht.

Das gilt gerade mit Blick auf eine Kooperation mit dem Bündnis Sahra Wagenknecht. Wirklich heraushalten, wie der CDU-Chef betont, wird er sich nicht können. Schon jetzt zeigen sie vom BSW hinsichtlich einer Koalition in den Ländern ziemlich raffiniert auf die Bundes-CDU mit dem Hinweis, hinzuhören zu wollen, was an Signalen von Berlin aus gesendet wird. Stichwort Ukraine, Stichwort US-Raketen. In der Union bekommen dagegen viele Ohrenscherzen, wenn sie den Namen Wagenknecht nur hören. Sie bleibt die Strippenzieherin. Und was ist jetzt mit den deutlich gemäßigteren Linken?

Die Lage in Thüringen zwingt regelrecht dazu, die beschlossene Unvereinbarkeit zu überdenken. Auch da muss Merz sich bald positionieren. Und in der Folge der beiden Urnengänge dürfte dann noch erneut die Frage aufkommen, wie es die Union künftig mit einer so starken AfD halten wird. Die Brandmauer bröseln, wenn auch bisher nur in den Kommunen. Das ist die Gemengelage. Merz muss jetzt höllisch aufpassen, dass ihm die CDU in der Koalitionsdebatte nicht auseinanderdriftet. Der Sauerländer muss zeigen, inwieweit er tatsächlich in der Lage ist, die Partei zu führen und zusammenzuhalten. Denn ansonsten öffnen sich Türen für jene, die ihn als potenziellen Kanzlerkandidaten nicht unbedingt bejubeln. Wenn auch nur einen Spalt breit. Wollen kann Merz das aber nicht.



KARIKATUR: KLAUS STUTTMANN

ANALYSE Der AfD-Erfolg bei den Landtagswahlen hat nicht nur Auswirkungen auf die Politik. Investoren und Fachkräfte werden den Osten meiden, erwarten Ökonomen. Sie warnen die Ampel vor falschen Schlüssen.

Abschreckung für die Wirtschaft

VON ANTJE HÖNING

Für die britische Wirtschaftszeitung „The Economist“ waren die Abstimmungen in Sachsen und Thüringen die wichtigste Meldung des Tages: Zum ersten Mal habe eine rechtsextreme Partei eine Landtagswahl gewonnen, zugleich habe damit die Koalition unter Olaf Scholz „eine Tracht Prügel“ bezogen, fassten die Briten am Montag zusammen. Auch deutsche Ökonomen sind besorgt – aus verschiedenen Gründen.

Wirtschaftliche Folge des AfD-Erfolgs

„Generell muss man davon ausgehen, dass Arbeitskräfte mit Migrationshintergrund durch den Wahlerfolg der AfD eher abgeschreckt werden. Unternehmen werden deswegen vor allem bei Neuinvestitionen mit flexiblem Standort eher andere Bundesländer ins Auge fassen“, sagt Clemens Fuest, Chef des Münchener Ifo-Instituts, unserer Redaktion. Das könnte viele Branchen treffen: „Die Arbeitskräfteknappheit wird sich auch in anderen Bereichen verstärken, beispielsweise im Gesundheitswesen. Dort könnten Versorgungsengpässe häufiger werden.“ Insgesamt hingen die wirtschaftlichen Folgen der Wahlen davon ab, was die Politik nun aus den Ergebnissen mache.

Auch Jens Südekum, Professor für International Economics an der Universität Düsseldorf, sorgt sich: „Die ökonomischen Auswirkungen für Sachsen und vor allem für Thüringen werden enorm sein. Kein internationaler Investor und schon gar keine ausländische Fachkraft wird sich in einem Bundesland wohlfühlen, wo die offen rechtsradikale AfD die meisten Stimmen geholt hat.“ Dabei sei keiner stärker auf Zuwanderung angewiesen als Ostdeutschland. „Nirgendwo ist der demografische Wandel spürbarer, nirgendwo sonst sehen wir einen so rapiden Bevölkerungsschwund.“

Südekum weist auf das widersprüchliche Verhalten der Wähler hin: „Die Ablehnung von Migration hat viele

Wähler gerade in ländlichen Regionen motiviert – dabei gibt es dort fast keine Ausländer.“ Widersprüchlich sei das Verhalten auch mit Blick auf die Wirtschaftspolitik: „Besonders bitter ist, dass gerade Menschen mit kleinen Einkommen und ohne Bildungsabschluss für die AfD gestimmt haben. Denn für diese Gruppen findet sich praktisch nichts im Programm der AfD“, so der Düsseldorfer Forscher. Die Partei stehe in der Wirtschaftspolitik für nationale Abschottung, Rückbau des Sozialstaats und Steuersenkungen für Besserverdienende. „Die AfD wurde ja mal als liberale Professorenpartei gegründet und in der Wirtschaftspolitik wirkt das weiterhin nach“, so Südekum. Dabei gelte: „Die meisten Wähler in Thüringen und Sachsen hätten materiell von der Partei nichts zu erwarten.“

Folgen des BSW-Erfolgs Anders als die AfD dürfte das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) sehr wohl bei der Regierungsbildung in den beiden Ländern mitreden. Trotz des kommunistischen Erbes der Partei sind Forscher hier erstaunlich gelassen: „Die voraussichtliche Beteiligung des BSW an den Landesregierungen in Thüringen und Sachsen wird an der Wirtschaftspolitik in den beiden Ländern wenig ändern“, sagt Joachim Ragnitz, Forscher am Ifo in Dresden. „Landeswirtschaftspolitik ist im Wesentlichen Umsetzung bundespolitischer Vorgaben, und noch ist ja auch nicht klar, wie die Aufteilung der Ministerien sein wird.“ Die wirtschaftspolitische Programmatik des BSW beschränke sich ohnehin auf Bürokratieabbau, eine stärkere Ausrichtung der Förderpolitik auf kleine Unternehmen und eine verstärkte Qualifikation von Arbeitskräften, auch aus dem Ausland. „Das wird auch bei den potenziellen Partnern zustimmungsfähig sein“, erwartet Ragnitz. Umstrittene Themen wie Mindestlohn, Sozialleistungen, Zuwanderungsbeschränkungen seien dagegen nur bundespolitisch anzugehen. „Problematisch ist vor allem der

INFO

So berichtet das Ausland über die Landtagswahlen

„Politico“, USA „Das Ergebnis ist ein weiterer Nagel im politischen Sarg von Kanzler Olaf Scholz.“

„El Mundo“, Spanien „Die Wahlergebnisse (...) offenbaren ein Szenario des realen politischen Zusammenbruchs in dem Land, das traditionell an der Spitze der europäischen Wirtschaft steht.“

„The Guardian“, Großbritannien „Die historischen Wahlergebnisse vermitteln viel mehr das Bild eines Deutschlands, dessen östliche und westliche Regionen immer weiter auseinanderdriften.“

„Neue Zürcher Zeitung“, Schweiz „Das Debakel zeigt, wie sehr sich das Ansehen des Kabinetts von Kanzler Olaf Scholz im freien Fall befindet.“

„La Stampa“, Italien „Wenn zu Thüringen und Sachsen am 22. September auch noch Brandenburg hinzukommt, ein traditionell sozialdemokratisches Bundesland, wird es für Olaf Scholz schwierig, die therapeutische Verbissenheit fortzusetzen, um im Kanzleramt zu überleben.“

„Wall Street Journal“, USA „Das größere Problem ist, was der gemeinsame Aufstieg der AfD und der BSW über den Kollaps der Regierungsparteien in Deutschland aussagt.“

„La Repubblica“, Italien „Während sich der alte Kontinent auf dem schmalen Grat eines möglichen Kriegs und eines Infarkts der Demokratie bewegt, muss er sich zugleich mit einem inneren Feind auseinandersetzen. Die europäischen institutionellen Systeme sind infiltriert.“

Imageschaden, den Sachsen und Thüringen erleiden.“

Folgen für Gesamtwirtschaft und Ampel

Für die Wirtschaft in Westdeutschland haben die Wahlen zwar kaum Auswirkungen: „Für die wirtschaftliche Entwicklung im Westen sind die Wahlergebnisse im Osten einigermaßen irrelevant. Sachsen und Thüringen haben zusammen so um die sechs Millionen Einwohner, das lässt sich vernachlässigen“, so Ifo-Forscher Ragnitz. Womöglich würden nun einzelnen Firmen sogar lieber im Westen als im Osten investieren. Und doch sind es Wahlen mit bundespolitischem Donnerhall.

Nicht nur der „Economist“ sieht in der Abstimmung eine Abrechnung mit der Ampel. „Alle drei Ampel-Parteien haben eine heftige Klatsche bekommen, aber deutlich am stärksten wurde die FDP abgestraft. Sie hat in Thüringen weniger Stimmen als die Tierschutzpartei“, stellt Südekum fest. Seine Analyse: „Die Strategie von Christian Lindner, in Berlin gleichzeitig Regierung und Opposition sein zu wollen, ist gescheitert.“ Wenn die FDP ehrlich sei, müsse sie die Koalition in Berlin verlassen. „Dann kann sie bis zur nächsten Bundestagswahl wenigstens noch versuchen, sich als letzte Retterin der Schuldenbremse zu inszenieren.“

Auch der Chef des Instituts der deutschen Wirtschaft, Michael Hüther, sieht eine Verantwortung der Bundespolitik für den Wahlausgang. Er warnt aber, dass aus den Ergebnissen nun die falschen Schlüsse zu ziehen und das Füllhorn an sozialen Wohltaten weiter zu öffnen. „Eins ist klar: Mehr Sozialpolitik hält Menschen nicht von der Wahl populistischer Parteien ab“, betont Hüther. „Da Abstiegsängste und Entwertungserfahrungen einen großen Einfluss haben, braucht es vielmehr den vorsorgenden Investitionsstaat statt den nachsorgenden Sozialstaat.“ Vielleicht ist das die schwerste Aufgabe, die die Wähler den Parteien der Mitte nun aufgegeben haben.

WISSENSDRANG

Als ich kürzlich mit Sozialwissenschaftlern über mögliche Mitglieder für ein Forschungsnetzwerk diskutierte, hieß es: „Nur keine Aktivisten!“ Die Idee dahinter: Wissenschaftliche Forschung muss wertneutral und politisch abstinert sein. Sie darf nicht dem Druck politischer Aktivisten ausgesetzt sein. Politische Voreingenommenheit lässt sich aber nicht durch Kontaktsperren verhindern. Auch Wissenschaftler sind Menschen – sie haben Wertvorstellungen und politische Präferenzen. Diese fließen immer in ihre Forschung ein. Deshalb ist die Auseinandersetzung mit anderen Perspektiven wichtig. Die Begegnung von konservativen Fachvertretern mit progressiven politischen Aktivisten hat nicht selten neue Diskussionen eröffnet und zu Inno-

Andere Perspektiven

Politische Präferenzen fließen auch immer in die Forschung mit ein.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

vationen im Fach und in der Gesellschaft geführt. So ist die Einführung oder Abschaffung von Krankheitsbildern in den psychiatrischen Fachgesellschaften, etwa die Streichung von Homosexualität als Krankheitsbild oder die Entwicklung neuer Kategorien wie der Posttraumatischen Belastungsstörung, nicht auf neue Forschungsergebnisse zurückzuführen. Diese fachinternen Revisionen von Krankheitskategorien gehen auf die politischen Bewegungen der 1960er- und 1970er-Jahre zurück. Sie wurden von Vertretern der Schwulenbewegung, Feministinnen und Veteranen der Anti-Vietnam-Bewegung vorangetrieben, die in den USA direkten Druck auf die psychiatrische Fachgesellschaft ausübten.

Der Psychiatrie als Wissenschaft hat das nicht geschadet – im Gegenteil. Aber die neuen Impulse mussten in die Fachsprache übersetzt werden. Dann konnten sie zur Kritik an bestehenden Kategorien genutzt und ihrerseits empirisch überprüft und kritisiert werden. Das hat in den 70er-Jahren gut funktioniert. Heute ist die Atmosphäre eine andere. Der Grund: Über die sozialen Medien lassen sich schnell Kampagnen organisieren. Die Angst der Wissenschaftler vor Skandalisierungen führt dazu, dass man lieber unter sich bleibt.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Pflanzenbiologin Petra Bauer und der Biochemikerin Birgit Strodel ab.